

**VERMERK**

---

Betr.:                    **Plenartagung**  
                              –    **21./22. März 2002 in Brüssel**

---

**Eröffnung der Plenartagung**

Der Vorsitzende des Konvents, Herr Valéry Giscard d'Estaing, eröffnete die Plenartagung. Unterstützt wurde er von den beiden stellvertretenden Vorsitzenden, Herr Jean-Luc Dehaene und Herr Giuliano Amato.

**I.    Allgemeine Aussprache über das Thema „Was erwarten Sie von der Europäischen Union?“**

**Einführung.** Der Vorsitzende, Herr Giscard d'Estaing, unterstrich in seinen einleitenden Worten zu der ersten Sachdebatte des Konvents die Tragweite der anstehenden Aufgabe. Er wies darauf hin, dass die Bürger Europas das Gefühl hätten, zur Zukunft Europas nicht gehört zu werden; daher gehe es in der ersten Phase des Konvents vor allem darum, zuzuhören.

Er forderte die Mitglieder des Konvents auf, sich zu äußern. Sie sollten ihre eigene Meinung freimütig vortragen und dabei in erster Linie zu den übrigen Mitgliedern sprechen. Sie sollten darlegen, welches ihrer Meinung nach die Prioritäten Europas in den kommenden 25 bis 50 Jahren sein müssten.

An der Aussprache beteiligten sich mehr als achtzig Konventsmitglieder. Ihre Ausführungen waren von ihrer Art und ihrem Inhalt her sehr unterschiedlich. Einige Redner konzentrierten sich auf zwei Prioritäten oder sogar nur auf eine einzige. Andere gingen auf das Thema Europa umfassend ein. Zahlreiche Beiträge begannen mit einer Analyse der derzeitigen Lage in der Union. So unterschiedlich und vielfältig diese Beiträge auch waren, lassen sich doch einige allgemeine Tendenzen erkennen:

**Bedeutung der derzeitigen Lage.** Zahlreiche Konventsmitglieder würdigten den beträchtlichen Weg, der in den vergangenen 50 Jahren zurückgelegt wurde; die dabei erzielten Ergebnisse übertrafen die optimistischsten Prognosen, die am Anfang gestellt worden seien. Diese Ergebnisse wurden als unumstößlich bewertet, insbesondere das wichtigste Ergebnis, der Frieden in Europa.

Als Erfolge des europäischen Aufbauwerks wurden insbesondere der Binnenmarkt, die vier Freiheiten (freier Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr), die Einführung des Euro in 12 Mitgliedstaaten sowie die Beseitigung der Personenkontrollen an den Grenzen innerhalb des Schengen-Raums angeführt. Entschließe sich heute ein Bürger der Gemeinschaft, einen Mitgliedstaat zu verlassen, um sich in einem anderen Mitgliedstaat niederzulassen und dort zu leben, so tue er dies auf eigenen Wunsch oder weil sich ihm die Gelegenheit hierzu biete, und nicht, weil er aus Angst oder aufgrund von Gewalt dazu gezwungen werde.

Viele Konventsmitglieder begrüßten den laufenden Erweiterungsprozess. Wenn dieser abgeschlossen sei, werde die Spaltung Europas, die nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte, endgültig überwunden sein.

Viele Redner gingen allerdings auch auf die Schwächen und Unzulänglichkeiten der heutigen Europäischen Union ein. Die Union höre zu wenig auf die Stimme ihrer Bürger. Die Bürger hätten den Eindruck, dass sie keine Möglichkeit hätten, von denen, die an den Schalthebeln der Macht sitzen und Entscheidungen im Namen der Union treffen, Rechenschaft zu verlangen. Ungeachtet der Tatsache, dass das Europäische Parlament von der Bevölkerung direkt gewählt wird, die Minister im Rat ihre Regierungen vertreten und die Mitglieder der Europäischen Kommission von den Regierungen der Mitgliedstaaten ernannt werden und gegenüber dem Europäischen Parlament verantwortlich sind, sei die Auffassung verbreitet, dass Europa nicht demokratisch genug sei. Die Bürger Europas müssten die Möglichkeit erhalten, diejenigen, die für die europäische Politik verantwortlich sind, direkt zu wählen bzw. abzuwählen.

Die institutionellen Verfahren der Union würden oft als zu schwerfällig, zu kompliziert und für die Öffentlichkeit kaum durchschaubar angesehen. Von innen betrachtet wurde die Union als abstrakt und weit entfernt wahrgenommen. Nach außen mache sie einen ineffizienten Eindruck, weil sie beispielsweise auf die Herausforderungen, die sich im Zuge der Globalisierung und der grenzüberschreitenden Entwicklungen stellen, nicht schnell und angemessen reagiere.

Einige Redner meinten, dass die Union die Tendenz habe, zu beherrschend zu sein zum Nachteil der Autonomie und der Freiheit der Nationalstaaten.

**Erwartungen gegenüber der Europäischen Union.** Zahlreiche Konventsmitglieder vertraten die Auffassung, dass ihre Mitbürger mehr Europa wollten. Die Europäische Union müsse in der Lage sein, diese Erwartungen zu erfüllen. Mehr Europa sei vor allem in den folgenden Bereichen erforderlich:

- Raum der Sicherheit und des Rechts, damit die Union auf die Bedrohungen durch den Terrorismus oder auf den Migrationsdruck an ihren Grenzen reagieren könne;
- Auftreten der Union auf der internationalen Bühne, damit sie ihrer Verantwortung uneingeschränkt gerecht werden und ihre Werte in der Welt verteidigen könne.

Andere Redner unterstrichen, dass eine überzeugende und leistungsfähige Wirtschafts- und Sozialstruktur geschaffen und die Steuer- und Haushaltspolitik, insbesondere der 12 Mitgliedstaaten des Euro-Raums, stärker aufeinander abgestimmt werden müsse.

Als weitere Bereiche, in denen die Union sich stärker engagieren sollte, wurden die Verteidigungspolitik, der innere Zusammenhalt, die Lebensmittelsicherheit, die Umwelt und die Solidarität mit den Entwicklungsländern genannt.

Einige Konventsmitglieder äußerten den Wunsch, dass die Union die kulturelle Identität der Mitgliedstaaten achte und bewahre. Sie solle sich weniger einmischen und bereit sein, sich aus einigen Bereichen zurückzuziehen. Durch eine Verringerung ihrer Zuständigkeiten und eine Begrenzung des gemeinschaftlichen Besitzstandes auf die Bereiche, in denen die Union tatsächlich zusätzliche Vorteile bringen könne, würde sie in ihrer Legitimität gestärkt.

**Grundsätze europäischen Handelns.** Alle Konventsmitglieder hoben hervor, dass Europa durch eine Wertegemeinschaft geeint werde; zu diesen Werten zählten die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit sowie der Schutz und die Förderung der Menschenrechte. Einige Redner verwiesen auf die Grundrechtecharta und sprachen sich dafür aus, sie in die Verträge aufzunehmen. Andere traten wiederum für einen Beitritt der Union zur Europäischen Menschenrechtskonvention ein.

Das Thema der Gleichheit der Mitgliedstaaten innerhalb der Union wurde mehrmals angesprochen, insbesondere von den Konventsmitgliedern der Bewerberländer. Jeder Staat müsse unabhängig von seiner Einwohnerzahl das Gefühl haben, dass er in der erweiterten Union gut aufgehoben sei und respektiert werde. Zudem gingen mehrere Redner auf die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten und die Mechanismen zur Verstärkung dieser Solidarität ein.

Die Mehrheit der Konventsmitglieder plädierte für eine einfachere Aufteilung der Befugnisse und der Zuständigkeiten, bei der jeder ohne weiteres erkennen könne, was Sache der Union sei und was in die einzelstaatlichen oder regionale oder gar örtliche Zuständigkeit falle. Die Aufteilung der Kompetenzen müsse ein Hauptthema des Konvents sein. Die Bürger erwarteten vor allem in dieser Beziehung mehr Klarheit.

Sehr viele Konventsmitglieder bekannten sich zum Subsidiaritätsprinzip. Es sollten wirksame Vorkehrungen getroffen werden, um die Einhaltung dieses Prinzips zu gewährleisten.

Nicht wenige Redner befassten sich mit dem Thema der demokratischen Legitimierung; die Europäische Union sollte die Erwartungen ihrer Bürger berücksichtigen, und die Bürger sollten die europäischen Entscheidungen besser beeinflussen und kontrollieren können. Transparenz und die Verantwortlichkeit der Entscheidungsträger ("accountability") seien dazu angetan, die Arbeitsweise der Europäischen Union effizienter zu gestalten.

**Institutionelle Gesichtspunkte.** Einige Konventsmitglieder sprachen sich dafür aus, dass die Union einen Vertrag erhält, der unabhängig von seiner Bezeichnung verfassungsrechtliches Gewicht hat. Es bedürfe einer Rangordnung der Rechtsnormen. Mehrere Redner bekannten sich zum Gemeinschaftsverfahren. Andere befürworteten das zwischenstaatliche Vorgehen. Es habe sich bewährt und als wirksam erwiesen. Einige sprachen sich auch dafür aus, die Regel der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit und das Mitentscheidungsverfahren mit dem Europäischen Parlament auszuweiten. Ferner gingen mehrere Konventsmitglieder auf die Bedeutung und das System des wechselnden Vorsitzes ein.

**Konvent.** Mehrere Redner sprachen die Arbeit des Konvents selbst an. Die meisten von ihnen erklärten, sie seien fest entschlossen seien, das ihnen anvertraute Vorhaben zum Erfolg zu führen, und wiesen darauf hin, welche Folgen ein Misslingen des Konvents haben könne.

Einige Konventsmitglieder äußerten den Wunsch, dass der Konvent einen Konsenstext ausarbeite, mit dem der Erfolg der nächsten Regierungskonferenz (RK) gewährleistet werden könne.

Viele Konventsmitglieder unterstrichen, dass die Bürgergesellschaft und insbesondere die Jugendlichen angehört werden müssten. Sie müssten mit ihren Vorschlägen Gehör finden. Einige Mitglieder sprachen sich dafür aus, auch die Kirchen zu konsultieren. Ein Konventsmitglied schlug vor, jedem Bürger einen Fragenkatalog zuzuschicken, wie dies in der Schweiz bei Verfassungsreformen üblich sei.

## **II. Anträge der Bewerberländer**

Der Konvent erörterte den Vorschlag, den das Präsidium als Reaktion auf die Anträge, die von den Bewerberländern auf der Eröffnungstagung gestellt worden waren (Dok. CONV 10/02), vorgelegt hat. Einige Redner sprachen sich dafür aus, ihn zu ändern, so dass zwei (statt nur ein) Vertreter der Bewerberländer als Beobachter zu den Beratungen des Präsidiums eingeladen werden könnten. Einige Vertreter der Bewerberländer drängten zudem darauf, die Möglichkeit zu erhalten, im Konvent in ihrer eigenen Sprache zu sprechen.

Der Vorsitzende und die Präsidiumsmitglieder wandten ein, dass nicht alle Mitgliedstaaten im Präsidium vertreten seien und dass es nicht wünschenswert sei, dass die Bewerberstaaten dort als solche vertreten seien. In Abstimmung mit dem Europäischen Parlament werde erneut geprüft, inwieweit es in technischer Hinsicht möglich sei, dass die Konventsmitglieder aus den Bewerberländern auf Antrag in ihrer eigenen Sprache sprächen.

Der Vorsitzende stellte fest, dass allgemeines Einvernehmen über die dem Konvent unterbreiteten Vorschläge besteht.

### III. Arbeitsmethoden

Der Konvent führte einen Gedankenaustausch über den Vorschlag des Präsidiums zu den Arbeitsmethoden (Dok. CONV 9/02).

Die Mehrheit der Redner plädierte dafür, angesichts der begrenzten Zeit, die zur Verfügung stehe, flexibel und pragmatisch vorzugehen, damit der Konvent sich rasch den Sachfragen zuwenden könne. Einige sprachen sich für Änderungen aus. Andere erklärten sich mit dem Vorschlag einverstanden, machten jedoch eine Reihe von Bemerkungen.

Der Vorsitzende beantwortete die Fragen, rechtfertigte die Änderungen des ursprünglichen Wortlauts und sicherte zu, dass die Arbeitsmethoden flexibel, pragmatisch und im Geiste der Offenheit angewandt würden. Überdies sei ein Änderungsverfahren eingeführt worden, so dass die Arbeitsmethoden erforderlichenfalls angepasst werden könnten.

Zum Schluss der Aussprache stellte der Vorsitzende fest, dass im Konvent Einvernehmen darüber besteht, die Arbeitsmethoden in der vorliegenden Fassung anzunehmen.

### IV. Forum

Im Anschluss an die Vorlage des Vermerks betreffend das Forum (Dok. CONV 8/02), über dessen Empfehlungen bereits Einvernehmen erzielt worden ist, merkte der stellvertretende Vorsitzende Dehaene Folgendes an:

- Die Möglichkeit, über das Internet einen direkten Meinungsaustausch mit der Bürgergesellschaft zu führen, wird geprüft.
- Der offene Brief betreffend den Konvent und das Forum wird in den kommenden Tagen den Redaktionen der großen europäischen Zeitungen zugesandt.
- Es müssen Foren mit der Bürgergesellschaft der Staaten veranstaltet werden, die im Konvent vertreten sind.
- Der Wirtschafts- und Sozialausschuss wird nach den Tagungen des Konvents regelmäßig Treffen mit den Vertretern der Bürgergesellschaft veranstalten. Er schlage vor, dass ein Mitglied des Präsidiums und des Sekretariats an diesen Treffen teilnehmen.
- Der Vorschlag eines Konventsmitglieds, zu den in der Erklärung von Laeken angesprochenen Fragen ein "Eurobarometer" der öffentlichen Meinung einzurichten, sollte verwirklicht werden.

Der Vertreter des Ausschusses der Regionen informierte über den Dialog, der mit den Regionen über die Fragen geführt wird, mit denen sich der Konvent befasst.

## **V. Jugendkonvent**

Der Vorsitzende verwies auf den Vorschlag, nach dem Vorbild des Konvents auch einen "Jugendkonvent" einzuberufen. Er erläuterte, wie dieser im Einzelnen organisiert werden soll. Der Jugendkonvent solle im Juli in Brüssel stattfinden, d.h. entweder kurz vor oder kurz nach der Tagung des Konvents am 11. und 12. Juli. Der Jugendkonvent werde genau wie der Konvent durchgeführt. Die Jugendlichen sollten Gelegenheit erhalten, sich über die Arbeit der Erwachsenen zu informieren. Welche Jugendlichen teilnehmen könnten, sollten die Konventsmitglieder bestimmen. 168 Jugendliche würden von den Konventsmitgliedern der Mitgliedstaaten und der Bewerberländer ausgewählt, 32 vom Europäischen Parlament und 10 von der Kommission. Die Jugendlichen sollten zwischen 18 und 25 Jahre alt sein.

Der Vorsitzende unterstrich, dass in Bezug auf das Alter, den Bildungsgrad, das Geschlecht usw. der Teilnehmer ein ausgewogenes Verhältnis angestrebt werden müsse. Für die Finanzierung werde hauptsächlich die Kommission mit Unterstützung des Sekretariats und des Europäischen Parlaments aufkommen.

Den Konventsmitgliedern werde demnächst ein Vermerk über die Veranstaltung des Jugendkonvents zugehen.

## **VI. Nächste Tagungen**

Der Vorsitzende teilte mit, dass sich der Konvent nach der allgemeinen Aussprache im Rahmen dieser Tagung konkreteren Fragen zuwenden müsse. Das Präsidium schlage für die beiden nächsten Tagungen die folgenden Themen vor:

- Aufgaben der Europäischen Union (Wofür ist die Europäische Union zuständig?)
- Wie nimmt sie diese Aufgaben (sowohl unter dem Gesichtspunkt der demokratischen Legitimierung als auch unter dem der Effizienz) wahr?

Zur Vorbereitung auf die erste Debatte erhalten die Konventsmitglieder ein Dokument mit einer Beschreibung der derzeitigen Kompetenzenverteilung innerhalb der Union.

Erst nach der April- und der Maitagung wird die Anhörung der Bürgergesellschaft stattfinden, damit sich ihre Vertreter in Kenntnis der ersten Debatten im Konvent zu diesen beiden großen Themen äußern können.

---



**Liste der Redner in der Reihenfolge der Wortmeldungen**  
**Plenartagung, 21./22. März 2002**

**Allgemeine Aussprache über das Thema „Was erwarten Sie von der Europäischen Union?“**

1. Frau Sylvia-Yvonne KAUFMANN
  2. Herr Alojz PETERLE
  3. Herr Alain BARRAU
  4. Frau Cristiana MUSCARDINI
  5. Herr Jürgen MEYER
  6. Herr Josep BORRELL FONTELLES
  7. Herr Andrew DUFF
  8. Herr Pierre CHEVALIER
  9. Herr Erwin TEUFEL
  10. Herr Paraskevas AVGERINOS
  11. Herr Proinsias DE ROSSA
  12. Herr Jens-Peter BONDE
  13. Herr Michael ATTALIDES
  14. Herr Josef ZIELENIEC
  15. Herr Antonio VITORINO
  16. Herr Ray McSHARRY
  17. Herr Gianfranco FINI
  18. Herr Mesut YILMAZ
  19. Herr Elio DI RUPO
  20. Herr Alain LAMASSOURE
  21. Herr Peter HAIN
  22. Herr Jozef OLEKSY
  23. Herr Slavko GABER
  24. Herr Hans van MIERLO
  25. Herr Eduardo ZAPLANA
  26. Herr Pavol HAMZIK
  27. Frau Ana PALACIO
  28. Herr Sören LEKBERG
  29. Herr Matjaz NAHTIGAL
  30. Herr Peter GLOTZ
  31. Herr Klaus HÄNSCH
  32. Herr Michael FREND
  33. Herr Iñigo MENDEZ DE VIGO
  34. Frau Lena HJELM-WALLEN
  35. Herr Georges KATIFORIS
  36. Herr Reinhard Eugen BÖSCH
  37. Herr Lamberto DINI
  38. Herr Edvins INKENS
  39. Herr Antonio TAJANI
- \* Stellvertreter Herr Louis MICHEL

40. Frau Meglena KUNEVA  
41. Herr David HEATHCOAT-AMORY  
42. Frau Maria Eduarda AZEVEDO  
43. Herr Marco FOLLINI  
44. Herr Rihards PIKS  
45. Herr Hubert HAENEL  
46. Herr Goran LENNMARKER  
47. Frau Danuta HUBNER  
48. Herr Jozsef SZÁJER  
49. Herr Matti VANHANEN  
50. Herr João de VALLERA  
51. Herr Timothy KIRKHOPE  
52. Herr Rolandas PAVILIONIS \*Stellvertreter Herr Vytenis Andriukaitis.  
53. Frau Linda Mc AVAN  
54. Herr Pál VASTAGH  
55. Herr Hannes FARNLEITNER  
56. Herr Peter SERRACINO-INGLOTT  
57. Herr Alberto COSTA  
58. Herr Ben FAYOT  
59. Frau Ritta KORHONEN \* Stellvertreter Herr Kimmo Kiljunen  
60. Herr Jan FIGEL  
61. Herr Carlos CARNERO GONZALEZ \* Stellvertreterin Frau Anne Van Lancker  
62. Frau Ayfer YILMAZ  
63. Herr Jacques SANTER  
64. Frau Teija TIILIKAINEN  
65. Herr Johannes VOGGENHUBER  
66. Herr René van der LINDEN  
67. Frau Marietta YANNAKOU-KOUTSIKOU  
68. Herr Henning CHRISTOPHERSEN  
69. Herr Peter KREITZBERG  
70. Herr Michel BARNIER  
71. Herr Ali TEKIN  
72. Herr Alvydas MEDALINSKAS  
73. Herr John BRUTON  
74. Frau Gisela STUART  
75. Herr Karel DE GUCHT  
76. Frau Piia-Noora KAUPPI \*Stellvertreterin Frau Hanja Maij-Weggen  
77. Frau Pervenche BERÈS \* Stellvertreter Herr Olivier Duhamel  
78. Herr Henrik DAM KRISTENSEN  
79. Frau Evelin LICHTENBERGER \* Stellvertreter Herr Caspar Einem  
80. Herr Nickolay MLADENOV  
81. Herr Paul HELMINGER  
82. Herr Gabriel CISNEROS  
83. Herr Livin MAIOR

### **Anträge der Bewerberländer**

- 84. Herr Aloiz PETERLE
- 85. Herr Matjaz NAHTIGAL
- 86. Herr Gundars KRATS
- 87. Herr Janos MARTONYI
- 88. Herr Jens-Peter BONDE
- 89. Frau Ana PALACIO

\* Stellvertreter Herr Roberts Zile

### **Arbeitsmethoden**

- 90. Herr Elmar BROK
- 91. Herr Ben FAYOT
- 92. Herr Alvydas MEDALINSKAS
- 93. Herr Hannes FARNLEITNER
- 94. Herr Peter ALTMAIER
- 95. Herr Andrew DUFF
- 96. Herr Panayiotis DEMETRIOU
- 97. Herr Jens-Peter BONDE
- 98. The Earl of STOCKTON
- 99. Frau Ana PALACIO
- 100. Herr Klaus HÄNSCH

\* Stellvertreter Herr Erwin Teufel

\* Stellvertreter Herr Timothy Kirkhope

### **Forum**

- 101. HERR Eduardo ZAPLANA
-